Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 91 (2016)
Heft: 2

Artikel: Vor hundert Jahren : die Oberstenaffäre 1915/16
Autor: Fuhrer, Hansruedi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-737728

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vor hundert Jahren: Die Oberstenaffäre 1915/16

Die Affäre um den angeblichen Landesverrat zweier Obersten im Schweizer Nachrichtendienst im Winter 1915/16 war zweifellos eine der schwersten innenpolitischen Krisen seit dem Sonderbundskrieg 1847. Wie so oft greift eine nur schweizerische Betrachtung zu kurz. Die existenzielle Gefährdung wird erst sichtbar, wenn wir die französischen Akten zu Rate ziehen.

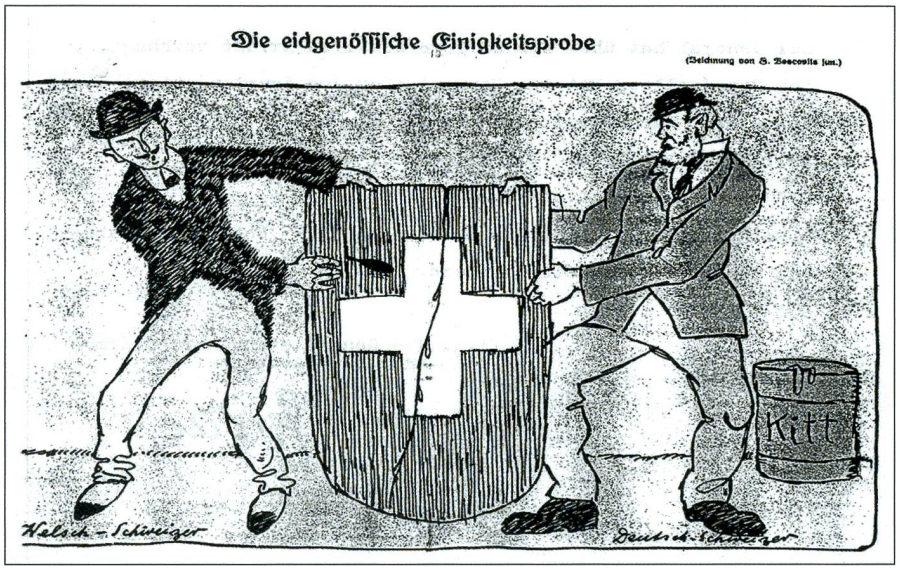
DER MILITÄRHISTORIKER HANSRUEDI FUHRER ZU EINEM EINSCHNEIDENDEN EREIGNIS IM ERSTEN WELTKRIEG

Am 10. Dezember sprachen der französische Botschafter beim Bundespräsidenten Giuseppe Motta und der französische Militärattaché beim Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements Camille Decoppet vor.

Beide meldeten, dass sie von einer *source sûre et suisse* darauf aufmerksam gemacht worden seien, dass die diplomatischen Vertretungen Deutschlands und Österreich-Ungarns, Major i. G. Busso von Bismarck und Oberst i. G. William von Einem, regelmässig die Tagesbulletins des Generalstabes erhielten.

Botschafter Beau verriet zudem, dass er von der Sache durch einen Genfer Radfahrer erfahren habe, welcher das geheime Couvert abliefern musste. Gleichzeitig und höchst wahrscheinlich orchestriert kam die Klage der russischen Botschaft, ihre Kontakte mit dem Ausland würden überwacht und die Korrespondenz «mitgelesen».

Beide Botschafter der Ententemächte machten kein grosses Aufhebens, verlangten jedoch, dass diese unfreundlichen Machenschaften unterbunden würden.



Archivbilder

Im «Nebelspalter»: Der «Graben».

Anonymer Absender

Bundesrat Decoppet beurteilte die Vorwürfe anscheinend als nicht gravierend. Er informierte den wegen Truppeninspektionen abwesenden General erst am 14. Dezember schriftlich. Er erwähnte in seinem Brief zudem ein Mémoire, das er schon am 8. Dezember erhalten habe.

Der Schreiber, der es ihm persönlich übergeben hatte, sei ein als Kryptograph in der Nachrichtensektion gelegentlich tätiger ziviler Mitarbeiter namens André Langie. Dieser habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass seine Vorgesetzten neutralitätswidrig russische Depeschen entschlüsseln und die Resultate den Zentralmächten zukommen liessen. Zudem würden mit einer gewissen Regelmässigkeit Bulletins mit Erkenntnissen über die Entente den Militärattachés Deutschlands und Österreich-Ungarns weitergegeben.

Dass Langie sein Wissen aus der Entschlüsselung von Meldungen Bismarcks im Herbst 1915 hatte, zeigt, dass mindestens zeitweise auch die Zentralmächte abgehört wurden. Decoppet betrachtete dies als schwerwiegenden Verstoss gegen die Pflichten eines Neutralen; er erwarte, dass sofort und energisch interveniert werde.

General bleibt besonnen

General Ulrich Wille reagierte nach seiner Rückkehr sofort und schrieb am 18. Dezember an Decoppet, er sei vor allem traurig über die schweizerische Quelle des Verrats.

Die Bulletins seien ohne Wert. Man könne alles in den Zeitungen lesen. Auch die russischen Depeschen seien wertlos, und er verstehe nicht, warum Zeit und Geld für das Abfangen und Dechiffrieren verwendet worden sei. Er habe sofort jeden direkten Kontakt mit den fremden Militärattachés verboten.

Noch am gleichen Tag, anscheinend hatte er sich inzwischen informiert, beklagte er den schlechten Charakter von Langie, der zu Journalisten *(Gazette de Lausanne* und *Journal de Genève)* geeilt sei, statt auf dem Dienstweg Meldung zu machen. Geben und Nehmen gehöre im Nachrichtendienst zum Geschäft.

Vorerst könne er den Generalstabsoffizieren nur den Vorwurf machen, nicht vorsichtig genug gewesen zu sein. Dass Langie auch die russische Botschaft über das Abhören orientiert hatte, also im juristischen Sinn Landesverrat begangen hatte, wusste er noch nicht.

Sprecher wird informiert

Am 19. Dezember orientierte er den Generalstabschef Theophil Sprecher über die Korrespondenz mit dem Departements-

vorsteher. Er schlug ihm vor, Ordnung im Nachrichtendienst zu machen.

Es dürfe nicht sein, dass man im eigenen Haus von Feinden umgeben sei. Sympathien dürfe man haben und zeigen, aber nicht für einen Freund intrigieren. Die Attachés der Zentralmächte seien alles liebenswürdige Herren; Bismarck sei selber schuld, dass die Verbindungen gekappt würden, wenn er mit schweizerischen Quellen hoch angebe.

«Mein Herz ist ganz auf deutscher Seite, das darf ich ruhig sagen, weil ich mich dadurch nicht verleiten lasse, auch nur um des Nagels Breite von der korrekten Linie abzugehen. Aber in höchstem Grade schmerzlich ist es mir, wenn wir durch solche Vorkommnisse, wie diese, in eine falsche Stellung zu Deutschland gebracht werden.» Er werde am Montag mit ihm sprechen.

Kontakte zu Frankreich

Am 25. Dezember forderte Wille, Sprecher solle auch Oberst Robert Chavannes ersetzen; dieser habe mindestens so enge Kontakte zum französischen Attaché Gaston Pageot gehabt wie die Angeklagten zu den Zentralmächten. Es gehe ausschliesslich um eine Gleichbehandlung. Jetzt sei man strikte neutral.

Es gelte «kraftvolle, rücksichtslose Entschlossenheit und unbefangene Gerechtigkeit» zu zeigen, volle Unabhängigkeit zu wahren und zu beweisen, dass man im Bündnisfall verlässlich sei.

Am 26. meldete Sprecher die neue Verwendung der beiden angeklagten Obersten. Sie seien an die «Front» geschickt worden, Friedrich Moritz von Wattenwyl als Brigadekommandant in die 2. Division und Karl Egli als Kommandant der Fortifikation Hauenstein. Das wurde in der welschen Schweiz eher als Beförderung denn als Bestrafung verstanden.

Statt Gespräche Briefe

Diese Korrespondenz zeigt einerseits, dass der General die Sache nicht hochspielen wollte, sie eher als ungeschickt bezeichnete und den Wert der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse gering einschätzte.

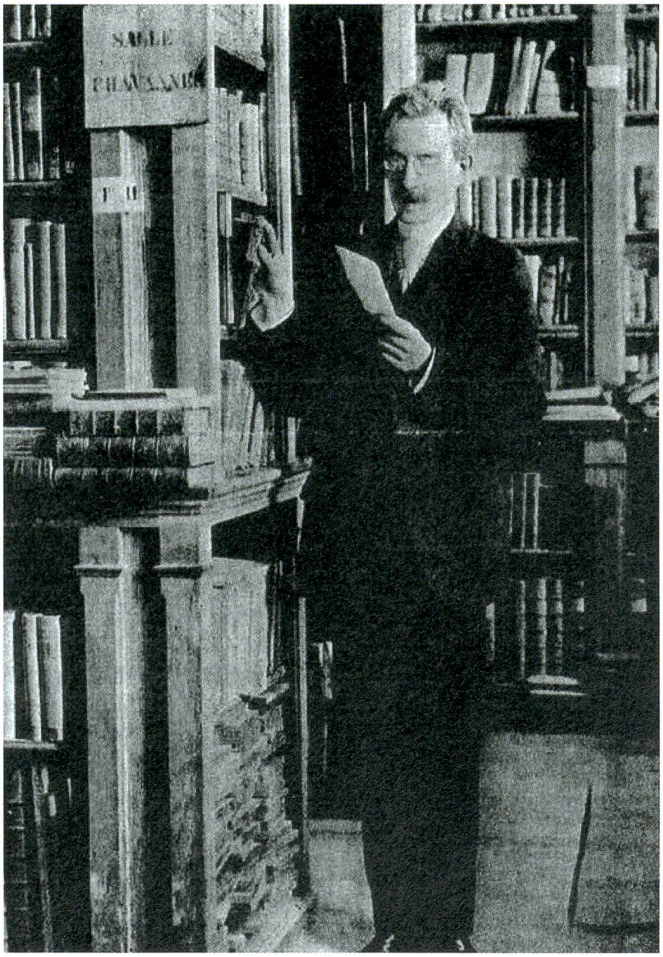
Andererseits zeigt der Briefverkehr auch, dass nicht vorwiegend in Gesprächen, sondern schriftlich nach Lösungen gesucht wurde, was auf ein distanziertes Verhältnis schliessen lässt. Diese so oft kolportierte Zwangsgemeinschaft, ja Feindschaft Wille – Sprecher erhält jedoch einen schweren Riss, wenn wir die Neujahrsbriefe zu Rate ziehen.

An Sylvester schreibt Wille an Sprecher, er wolle das neue Jahr nicht beginnen lassen, ohne ihm zu sagen, wie dankbar er sei für alles, was Sprecher für das Land und die Armee in schwerer Zeit leiste. «Möge Sie der Himmel in Kraft und Gesundheit erhalten; das ist freilich ein sehr egoistischer Wunsch von mir, aber bei unserm Lebensalter fast das Beste, was ich Ihnen persönlich wünschen kann.»

Die wichtigste Aufgabe sei es, die sorglose Unüberlegtheit der Herren Egli und von Wattenwyl geschickt zu erledigen. Die getroffenen personellen Versetzungen reichten jedoch wohl nicht aus. Zu viele Personen in der welschen Schweiz wüssten von der Sache.

Sprecher einverstanden

Sprecher dankte am Berchtoldstag für die guten Wünsche. Er sei mit der Beurtei-



André Langie (1871–1962), polnischstämmiger Kryptograph.

General Ulrich Wille (1848–1925).

lung des Falles einverstanden. Es gelte nun, den Kontakt zu den kriegführenden Mächten in den Griff zu bekommen und den schlechten Eindruck zu verwischen. Er habe die Hoffnung, dass die Kriegsereignisse die welschen Miteidgenossen zu «milderem und klügerem Urteil veranlassen» würden.

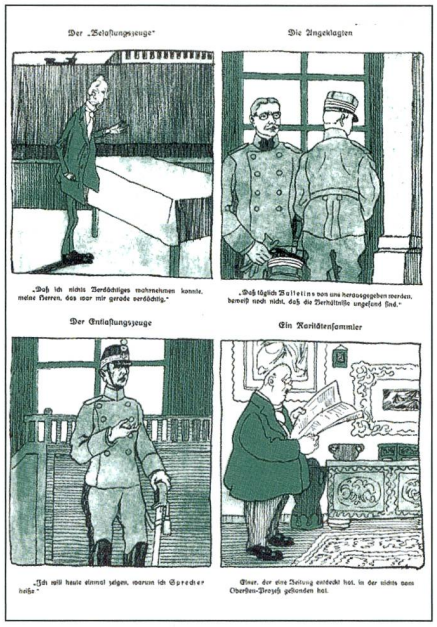
Leider sei die *Gazette* und ihr Chefredaktor Secrétan klar auf der Seite der Entente. In einem Gebiet war Sprecher mit Wille nicht der gleichen Meinung. Der Nachrichtendienst bleibe wichtig und unentbehrlich, werde aber ein «schwieriges Gebiet bleiben, voller Gruben und Stacheldraht»; es räche sich nun, dass man in Friedenszeiten nichts gemacht habe.

Das Tagebuch Sprechers ist leider in diesen Tagen wenig aufschlussreich; wir wüssten gerne mehr.

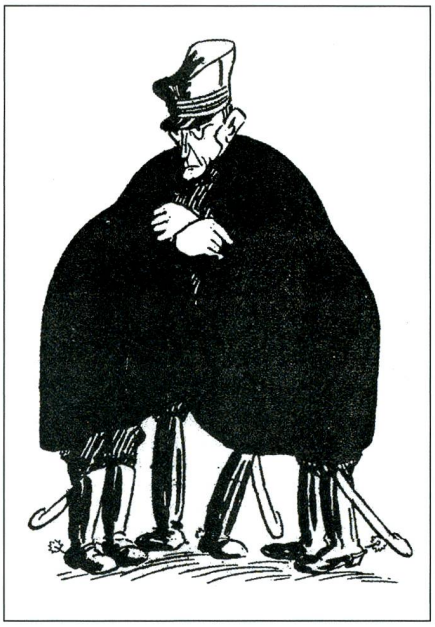
Keine Vertuschung

Wie wir heute wissen, hat sich die böse Vorahnung Willes erfüllt. Der Fall wurde durch welsche und sozialistische Politiker im Januar aufgegriffen und mit Hilfe der Presse zu einem wahren Kesseltreiben gegen die Militärführung verwendet. Wille hat sofort eine juristische Voruntersuchung befohlen, und als es unabwendbar wurde, auch ein militärgerichtliches Verfahren.

Von einer Vertuschung kann keine Rede sein, höchstens von einer Fehleinschätzung im Dezember. Beruhigt war Wille erst, als ihm Oberst Heinrich Bolli, Schaffhauser Ständerat, anerkannter Jurist, Kommandant der Fortifikation Murten und designierter amtlicher Verteidiger von



28.2.1916: Prozess in Zürich.



Sprecher deckt die beiden Obersten.

Oberst Egli, am 11. Februar schrieb: «Bei objektiver Durchführung der Verhandlung muss der gewaltige Verläumdungsberg (sic.) eine winzige Maus gebären.» Wie prophezeit erwies sich der lauthals behauptete «Landesverrat» als juristisch unhaltbar.

Ominöser Genfer Radfahrer

Die französische Botschaft hat «la source sûre et suisse» auch in den Geheimberichten nach Paris nicht preisgegeben. Es kann davon ausgegangen werden, dass Pageot die Abgabe der Bulletins seit Februar 1915 nicht entgangen war, zumal sie ihm von seinen Vertrauten auch angeboten worden waren.

Die französische Botschaft brauchte den Whistleblower Langie nicht. Nicht geklärt ist der Radfahrer. Es gab den angeblichen Genfer Radfahrer gar nicht. Mit grosser Wahrscheinlichkeit war er die Tarnung des längst bekannten Wissens, tauglich für einen Protest im gewünschten Zeitpunkt.

Es kann aus französischen Akten geschlossen werden, dass verschiedene geheime Verbindungen bestanden. Mindestens einer der beiden Genfer Grossräte, welche die Lawine im Januar ausgelöst und die Anklage massgeblich in die Öffentlichkeit getragen haben, erscheint in den geheimdienstlichen Berichten als wichtiger Informant.

In den Gesprächen mit französischen Agenten ging es vor allem um die Absetzung Willes und Sprechers und die Inszenierung eines politischen Umsturzes. Der «Landesverrat» der beiden Obersten war nur die Initialzündung für einen viel grösseren Plan.

Es gilt festzuhalten: Die lautesten Rufer gegen den «Landesverrat» gingen in ihren konspirativen Bemühungen sehr viel weiter als die beiden Obersten.

Der Plan H (Helvétie)

Noch brisanter wird aber deren Machenschaften, wenn wir aus den französischen Militärakten zur Kenntnis nehmen, dass die Planer im französischen Generalstab und bei der *Armée de l'Est* im Elsass seit dem Spätherbst 1915 einen Interventionsplan gegen die Schweiz, *quelque chose de nouveau, sans comparaison avec les of-*

Das Vertrauen blieb erschüttert

Seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges belieferten die Generalstabsobersten Friedrich Moritz von Wattenwyl und Karl Egli den deutschen und den österreichisch-ungarischen Militärattaché, Major i. G. Busso von Bismarck und Oberst i. G. William von Einem, mit Nachrichten.

Diese neutralitätswidrige Bevorteilung einer Kriegspartei wurde in der welschen Schweiz und von den Sozialisten als Skandal ausgebeutet. General Ulrich Wille hoffte, die Affäre diskret beilegen zu können. Auf Druck (Presse, politische Vorstösse, Demonstrationen etc.) beauftragte er ein Militärgericht, den Fall zu beurteilen.

Am 28. Februar erklärte das Divisionsgericht 5 in Zürich die beiden Offiziere strafrechtlich für nicht schuldig und wies sie zur disziplinarischen Beurteilung an die Militärbehörde zurück. Wille verurteilte sie mit der ihm zustehenden Höchststrafe von zwanzig Tagen scharfem Arrest und der Bundesrat enthob sie ihrer zivilen Funktionen im Bundesdienst.

Die durch einen SBB-Beamten publik gemachte Bereitstellung von Rollmaterial für den Transport von Ordnungsdiensttruppen bei Unruhen in der Romandie nach Verkündigung des Urteils führte noch einmal zu heftigen Protesten in den welschen Kantonen *(Affaire des trains)*.

Die Oberstenaffäre spaltete die Schweiz entlang der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Bruchlinien. In der Frühjahrssession der Bundesversammlung wurde versucht, die schlimmsten Wogen zu glätten, doch blieb das Vertrauen verschiedener Kreise in Bundesrat und Armeeführung erschüttert.

fensives passés, unter dem Operationsnamen «Plan H (Helvétie)» ausarbeiteten.

Er sollte als Schutz der welschen Schweiz legitimiert und, wenn möglich, nach einem Hilfsgesuch aus einflussreichen Kreisen der Romandie ausgelöst werden. Der französische Operationsplan vom 14. Dezember 1915 sah vor, nach einer überfallmässigen Auslösung der Invasion beim Einmarsch in Bern der schweizerischen Regierung bedauernd zu melden, dass man leider nicht anders habe handeln können, als die geforderte Hilfe zu gewähren.

Suche nach Kollaborateuren

Als vorbereitende Massnahmen hatten die Planungsstäbe eine Schwächung der deutschfreundlichen Kreise im Bundesrat, im Parlament und in der Armeeführung vorgeschlagen. Dieser Wunsch ging an das geheime Beziehungsnetz in der Schweiz und als Auftrag an die diplomatische Vertretung.

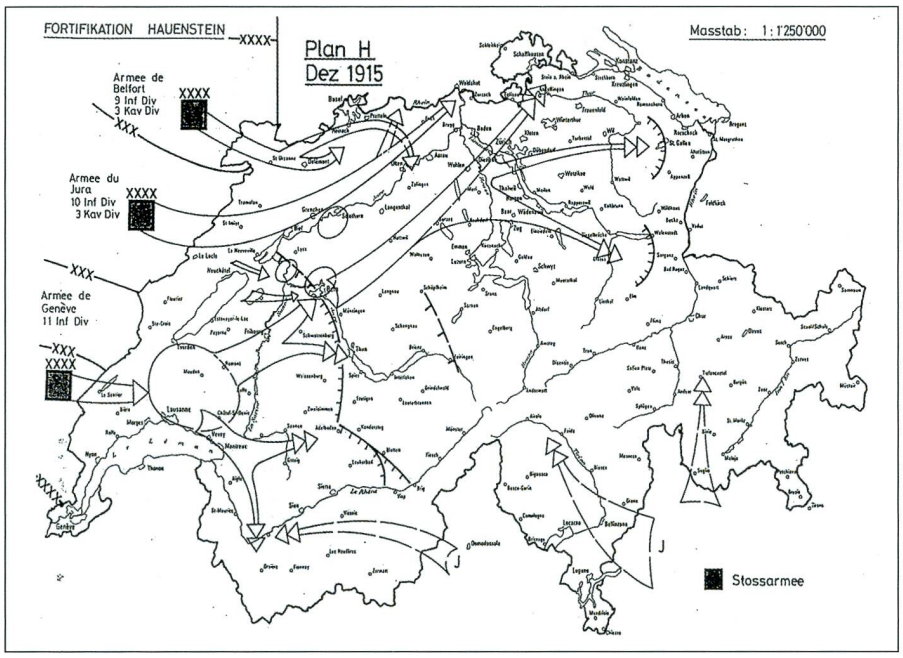
Den Botschafter informierte man nicht über die militärischen Absichten. Pageot erhielt aber konkrete Spionageaufträge. Er sollte Auskunft geben über die aktuellen schweizerischen Verteidigungsvorbereitungen. Die «Oberstenaffäre» war also nur der sichtbare Teil der französischen Diversion. Eine französische Mitwirkung in der welschen und sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit sollte unter keinen Umständen sichtbar werden. Die eigene Presse wurde scharf zensuriert. Man liess die zerstörerische Eigendynamik des eidgenössischen Kulturgegensatzes spielen.

Der französische Oberkommandierende, Marschall Joseph Joffre, behielt sich die Entscheidung über den Ort der Frühjahrsoffensive während der Inszenierung der Affäre vor. Es ist wahrscheinlich, dass er sie nur duldete, aber nicht förderte. Anfang Februar waren die Detailerkundungen der Befestigungsanlagen in der Schweiz beendet.

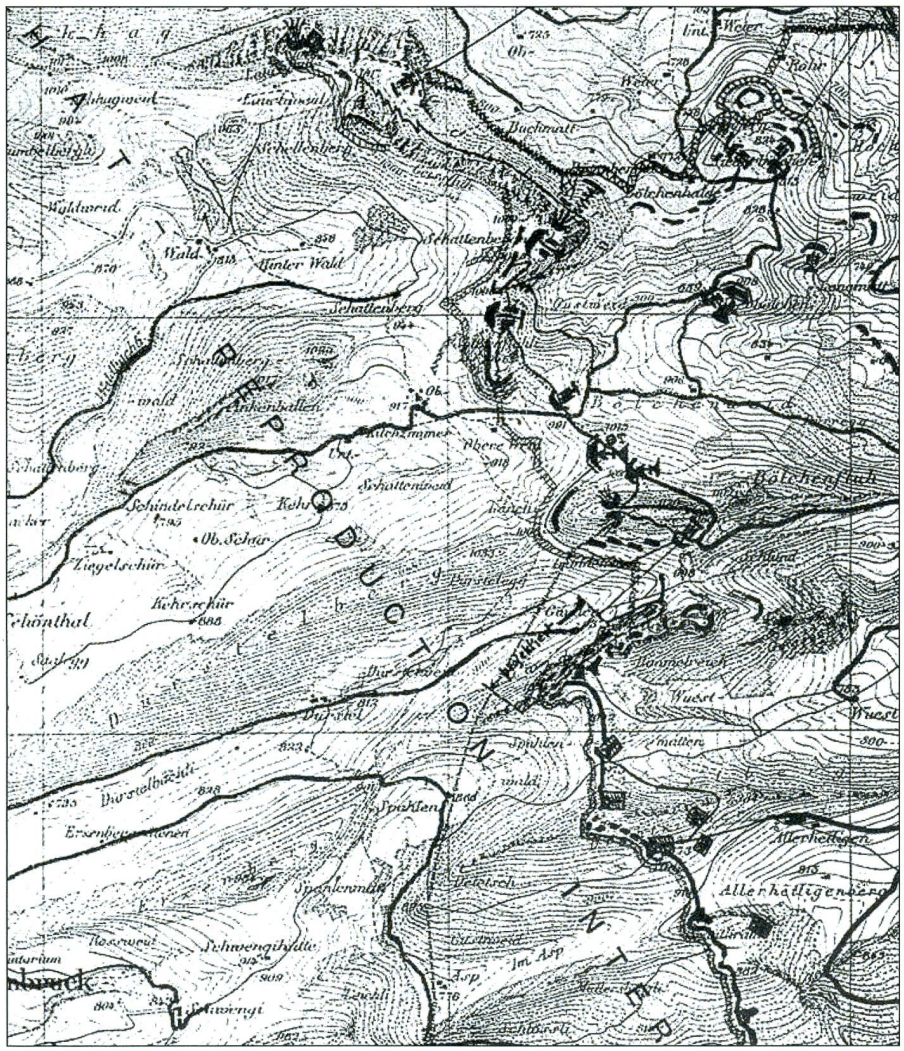
Sympathisanten hatten Originalpläne der Fortifikationen Murten und Hauenstein geliefert. Die Operationsstudie vom 17. Februar 1916 basierte auf diesem Verrat, der im Krieg nicht entdeckt worden ist. Durch einen Zufall habe ich sie im Militärarchiv in Vincennes/Paris gefunden.

Entscheid am 18. Februar 1916

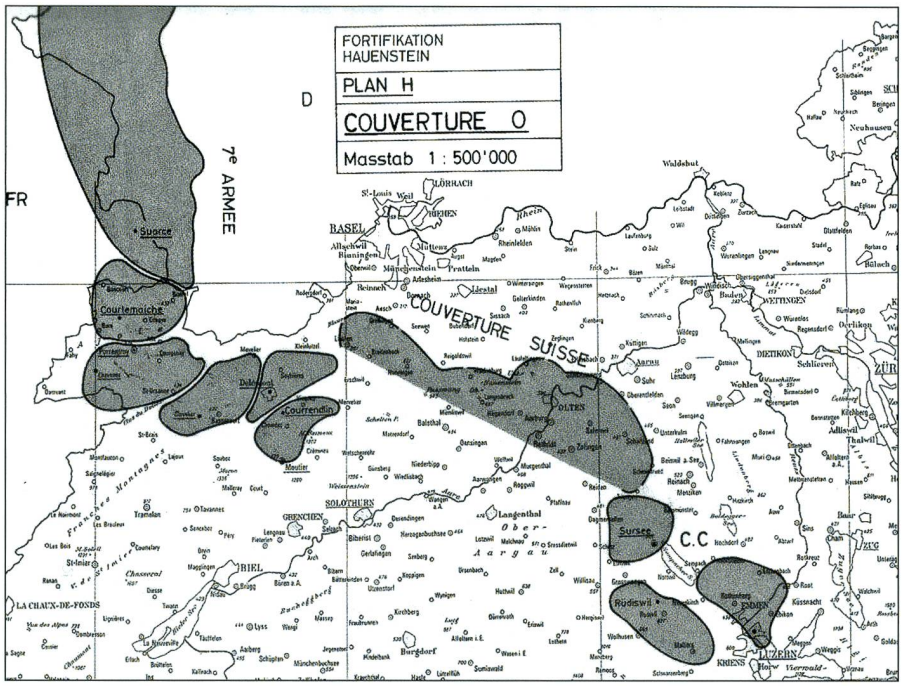
Das Ergebnis der Analyse der Operationsabteilung war ernüchternd: Ein französischer Stoss durch die Schweiz mit oder ohne zusätzliche Mobilmachung des schweizerischen Heeres würde mit deutscher Hilfe auf der Höhe Les Rangiers–Olten–Gotthard zum Stehen kommen. *Une opération de ce genre serait un échec pour*



Der Interventionsplan gegen die Schweiz mit dem Operationsnamen «Plan H».



Französische Spionage = Originalpläne z. B. Westfront, Bölchen–Aare. Quer: REPRODUCTION INTERDITE. Heute, nach hundert Jahren, ist die Veröffentlichung erlaubt.



Französischer Kooperationsplan mit der Schweiz nach der Oberstenaffäre.

nos armées, puisque le territoire allemand serait toujours hors de la portée de nos atteintes, que nous serions mis sur les bras 150 à 200 000 Suisses, que nous aurions de plus violé les principes dont nous nous sommes fait les champions.

Ebenso interessant und für unsere Fragestellung relevant ist die Wertung der Wirkung der Oberstenaffäre. Man kam zur Ansicht, dass es leider nicht gelungen sei, einen einflussreichen Magistraten zu finden, der eine französische Intervention zu fordern bereit gewesen sei. *Les Suisses de toute origine se rendent parfaitement compte des avantages qu'ils ont à rester neutres. Ils tiennent à garder cette situation, même au prix de quelques blessures d'amour-propre.*

Nun griff das grosse Kriegsgeschehen ein. Am 18. Februar, zehn Tage vor dem Prozess gegen die beiden Obersten, beantragte das französische Operationsbüro dem Oberkommandierenden, die Südumfassung (Plan H) der zum Stehen gekommenen Front gegen das Deutsche Reich sei aufzugeben und die Kooperation mit der Schweizer Armee im Fall eines deutschen Angriffs durch die Schweiz vorzubereiten.

Pageot wurde für erste Sondierungen bei Generalstabschef Sprecher beauftragt. Vorwand sollte ein hängiger Kanonenkaufwunsch der Eidgenossenschaft sein. Am gleichen Tag, es war der 18. Februar 1916, fasste Joffre den Entschluss zum Angriff an der Somme frühestens ab Mai 1916 und drei Tage später begann die deutsche Offensive bei Verdun. Frankreich hatte nun alles Interesse, möglichst bald die innere Stabilität in der Schweiz wieder herzustellen und den wegen seiner differenzierten Neutralitätsauffassung in der Verteidigungsrede für seine beiden Untergebenen vor dem Militärgericht angegriffenen Sprecher zu geheimen Kooperationsgesprächen zu kontaktieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Reaktion auf das Urteil im Obersten-prozess so moderat ausgefallen ist und die Drahtzieher im Welschland ihre Politiker und die Presse zu einer Schadensbegrenzung animierten.

Dissuasion beweisbar

Da die Südumfassung der erstarrten Kriegsfront gegen Deutschland im Frühjahr 1916 nicht ausgelöst worden ist, blieb das Kesseltreiben gegen die Armeeführung nur eine schwere innenpolitische Krise. Es ist reine Spekulation, wie sich Joffre bei einer positiven Beurteilung der Chancen eines Angriffs durch die Schweiz entschieden hätte.

Beweisbar ist aber, dass die militärischen Verteidigungsmassnahmen und die den Franzosen bekannten Absprachen Sprechers mit dem deutschen Generalstab vor dem Krieg eine abhaltende Wirkung hatten.

Klassische Diversion

Die «Oberstenaffäre» ist ein Lehrstück für die Vorbereitung einer möglichen Aggression. Heinrich Bolli schrieb schon am 18. Januar an den General, er vermute hinter der Affäre ein Ränkespiel der Entente. Er habe sich die Vorbereitung eines feindlichen Durchmarschs immer so vorgestellt: Ausbrütung irgend eines Anlasses, Meinungsmache durch Agenten und schweizerische Helfer, Erschütterung des Vertrauens in die Armeebehörden und «Zwietrachtsaat als geistige Vorhut».

Er wolle nicht zu schwarz malen, «doch kommen solche Ereignisse der in Frage kommenden Art wie der Dieb in der Nacht oder ein Gewitter im Hochgebirge». Auch von Einem beurteilte die Lage am 14. Februar identisch. «Die «Oberstenaffaire» wurde mit Hilfe der welschen Schweiz in dem Moment aufgedeckt und ausgebeutet, in welchem dies Frankreich auf Grund der politischen und militärischen Situation am geeignetsten erschien.»

Beide lagen meines Erachtens völlig richtig. Die welschen und sozialistischen Agitatoren haben aus ihrer Optik zweifellos legitim gehandelt, aber nach heutigem Wissensstand dabei die nationalen Interessen fahrlässig oder bewusst ausser Acht gelassen und die Schweiz in höchste Gefahr gebracht.

Argumentationsresistent

Die immer wieder und noch heute vorgebrachten Vorurteile beispielsweise gegen ein angeblich vom Establishment gesteuertes Militärgericht (Jürg Ramspeck im «Blick am Abend» vom 19. Oktober 2015) oder gegen Ulrich Wille (im SRF DOK vom 15. Oktober von Decoppet wie ein ungezogener Lümmel behandelt) sind leider wie alle Vorurteile langlebig.

Es geht mir hier nicht um eine Hexenjagd nach hundert Jahren. Die Hoffnung von Bolli in seinem Brief vom 18. Januar an Wille, dass «einmal an den Tag (komme), wo die, die das Vaterland wirklich mit der *Affaire* in Gefahr gebracht haben, entlarvt und gebührend gezüchtigt werden», kann unerfüllt bleiben, doch soll die historische Lehre beherzigt werden: Die Schweiz ist dann am verletzlichsten, wenn die politischen, gesellschaftlichen oder konfessionellen Grabenbrüche von verantwortungslosen Agitatoren tiefer ausgeschaufelt werden, die Polarisierung zum Politspektakel für mediale Streitgespräche wird.

Vielleicht ist Ihr Interesse geweckt, noch mehr über diese «Affäre» zu wissen.

Der Autor, Oberst Hansruedi Fuhrer, merkt an: «Für eine umfassendere Betrachtung und Quellenverweise vgl. meine beiden Studien: Fuhrer Hans Rudolf, Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg, NZZ, Zürich 2003, S. 209 ff., und General Ulrich Wille, NZZ, Zürich 2003, 359 ff.»